

presse

Koalition schleift die Antidiskriminierungsstelle

Zur gestrigen Beratung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zum Einzelplan 17 erklärt der zuständige Haushaltsberichtersteller der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Schwanitz:

Die Abgeordneten der schwarz-gelben Regierungskoalition haben drastische Kürzungen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes beschlossen. Insgesamt soll deren Etat um rund 13 Prozent gesenkt werden. In Sonntagsreden vermittelt die Koalition gern den Eindruck, dass sie sich gegen Diskriminierung einsetzen. In der Praxis sieht das jedoch anders aus. Es ist bereits das dritte Mal, dass in dieser Wahlperiode dieser Etat von Schwarz-Gelb zusammengestrichen wurde, beklagt Rolf Schwanitz.

Die Abgeordneten der schwarz-gelben Regierungskoalition haben gestern drastische Kürzungen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) beschlossen. Insgesamt soll der Etat der ADS von 2,9 Millionen Euro um 367.000 Euro oder rund 13 Prozent auf 2,533 Millionen Euro abgesenkt werden.

Besonders Forschung und Öffentlichkeitsarbeit der ADS werden davon beeinträchtigt. Ursprünglich wollte die ADS im Jahr 2012 einen thematischen Schwerpunkt beim Thema Altersdiskriminierung setzen. Denn gerade die besonders schutzbedürftigen älteren Menschen sind im Alltag häufig von Diskriminierung betroffen. Durch die geplanten Kürzungen wird die Aufklärungsarbeit der ADS hier nun kaum noch möglich sein. Die Abgeordneten von CDU, CSU und FDP machen die wichtige Arbeit der Antidiskriminierungsstelle systematisch kaputt. Die ADS kann so ihrem gesetzlichen Auftrag - beispielsweise Wissen über Diskriminierung zu vermitteln - kaum mehr gerecht werden.

In Sonntagsreden vermitteln die Politiker der Koalition gern den Eindruck, dass

sie sich gegen Diskriminierung einsetzen. In der Praxis sieht das jedoch anders aus. Nachdem CDU/CSU jahrelang eine gesetzliche Regelung gegen Diskriminierung blockiert haben, wird nun versucht, das Antidiskriminierungsgesetz systematisch mithilfe von Kürzungen beim Bundeshaushalt zu unterlaufen. Denn es ist bereits das dritte Mal, dass in dieser Wahlperiode der Etat der ADS von Schwarz-Gelb zusammengestrichen wurde.